

Vorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2024

Entwurf des Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (5. Medienänderungsstaatsvertrag)

A. Problem

Die Regierungschefinnen und die Regierungschefs der Länder haben vom 14. bis 19. Dezember 2023 im Umlaufbeschluss den Entwurf des Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (5. Medienänderungsstaatsvertrag) beschlossen. Es ist beabsichtigt, den Staatsvertrag bis zum 7. März 2024 zu unterzeichnen. Die Gesetzesbegründung wird derzeit noch erstellt und zur Unterschrift des 5. Medienänderungsstaatsvertrages vorliegen.

Der Präsident des Senats ist nach § 1 Abs. 2 Nr. 7 der Geschäftsordnung des Senats zur Unterzeichnung des Staatsvertrags zu ermächtigen. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist entsprechend zu unterrichten.

B. Lösung

Der Senat bittet die Bremische Bürgerschaft (Landtag) um Kenntnisnahme des 5. Medienänderungsstaatsvertrags und ermächtigt den Präsidenten des Senats, diesen zu unterzeichnen.

Mit dem 5. Medienänderungsstaatsvertrag sollen der Medienstaatsvertrag und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag an die Verordnung 2022/2065 (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. 277 L vom 27. Dezember 2022, S. 1) sowie an das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) des Bundes angepasst werden. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz, dessen Entwurf die Bundesregierung am 22. Dezember 2023 dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet hat, soll der bundesgesetzliche Rechtsrahmen an den Vorgaben des Gesetzes über digitale Dienste, einer europäischen Verordnung, ausgerichtet werden. Darüber hinaus erfolgen mit dem 5. Medienänderungsstaatsvertrag Klarstellungen, insbesondere bei der Verpflichtung zur Ausstrahlung von Regionalfensterprogrammen im Privatfernsehen.

§ 1 Abs. 7 Medienstaatsvertrag (MStV) und § 1 Abs. 9 MStV sehen notwendige Klarstellungen zum Anwendungsbereich des Medienstaatsvertrages vor, die sich daraus ergeben, dass der europäische Gesetzgeber mit dem Gesetz über digitale Dienste eine umfassende Regelung zur Erbringung digitaler Dienste und insbesondere der Vermittlungsdienste geschaffen hat.

Die Neufassung des § 59 Abs. 4 MStV enthält die Verpflichtung für die beiden bundesweit verbreiteten reichweitenstärksten Fernsehprogramme nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts, Regionalfensterprogramme aufzunehmen. Zukünftig wird klargestellt, dass sich diese Verpflichtung an die reichweitenstärksten Fernsehprogramme der beiden größten Sendergruppen Deutschlands richtet. Diese Klarstellung sichert angesichts zunehmender Konsolidierung der Angebote im Fernsehmarkt die Vielfalt für den Fall ab, dass die zwei reichweitenstärksten Fernsehprogramme von einer Unternehmensgruppe angeboten werden sollten.

In § 111 Abs. 3 MStV wird die Zuständigkeit der Landesmedienanstalten im Hinblick auf das europäische Gesetz über digitale Dienste und das sich im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene befindende Digitale-Dienste-Gesetz geregelt.

Schließlich ist eine Neufassung von § 5b Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) erforderlich, weil mit dem Digitale-Dienste-Gesetz § 10a Telemediengesetz auf Bundesebene entfallen wird. Demgegenüber sollen die Anbieter von Video-Sharing-Diensten durch den JMStV weiterhin verpflichtet bleiben, ein Verfahren vorzuhalten, mit dem die Nutzer Beschwerden über rechtswidrige audiovisuelle Inhalte melden können.

C. Alternativen

Es werden keine Alternativen vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Der 5. Medienänderungsstaatsvertrag führt weder zu finanziellen Auswirkungen für den Haushalt des Landes Bremen noch sind Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erwarten.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Rundfunkkommission hat eine schriftliche Anhörung der Landesmedienanstalten und der Interessensverbände zum 5. Medienänderungsstaatsvertrag durchgeführt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Zur Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

Die beigelegte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist im zentralen elektronischen Informationsregister zu veröffentlichen.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei von dem Entwurf des Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge Kenntnis.
2. Der Senat ermächtigt den Präsidenten des Senats, den Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge zu unterzeichnen.

3. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei die beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 23. Januar 2024**

**Entwurf des Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher
Staatsverträge
(5. Medienänderungsstaatsvertrag)**

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (5. Medienänderungsstaatsvertrag) mit der Bitte um Kenntnisnahme. Es ist beabsichtigt, den Staatsvertrag bis zum 7. März 2024 zu unterzeichnen. Die Gesetzesbegründung wird derzeit noch erstellt und zur Unterschrift des 5. Medienänderungsstaatsvertrages vorliegen.

Mit dem 5. Medienänderungsstaatsvertrag sollen der Medienstaatsvertrag und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag an das europäische Gesetz über digitale Dienste sowie an das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) des Bundes angepasst werden. Ferner erfolgen mit dem 5.

Medienänderungsstaatsvertrag Klarstellungen, insbesondere bei der Verpflichtung zur Ausstrahlung von Regionalfensterprogrammen im Privatfernsehen.

Finanzielle Auswirkungen sind für das Land Bremen mit dem im Rahmen der Vorabunterrichtung zugeleiteten Staatsvertragsentwurf nicht verbunden.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Entwurf des Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge zur Kenntnis.

**Fünfter Staatsvertrag
zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge
(Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)**

– Entwurf –

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1 **Änderung des Medienstaatsvertrages**

Der Medienstaatsvertrag vom 14. bis 28. April 2020, zuletzt geändert durch den Vierten Medienänderungsstaatsvertrag vom 9. bis 16. Mai 2023, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 24 wie folgt geändert:

„§ 24 Digitale-Dienste-Gesetz, Öffentliche Stellen“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 7 wird wie folgt neu gefasst:

„(7) Für Anbieter von Telemedien, die zugleich digitale Dienste gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 1 des Digitale-Dienste-Gesetzes sind, gilt dieser Staatsvertrag, wenn sie nach den §§ 2 und 3 des Digitale-Dienste-Gesetzes in Deutschland niedergelassen sind. §§ 2 und 3 des Digitale-Dienste-Gesetzes gelten entsprechend für Telemedien im Übrigen.“

- b) In Absatz 8 Satz 3 werden die Wörter „Vorschriften des Telemediengesetzes“ durch die Angabe „§§ 2 und 3 des Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

- c) Folgender Absatz 9 wird angefügt:

„(9) Für Vermittlungsdienste im Sinne des Artikels 3 Buchst. g der Verordnung 2022/2065 (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27. Dezember 2022, S. 1) gilt dieser Staatsvertrag, soweit nicht die Verordnung 2022/2065 (EU) Anwendung findet.“

3. In § 18 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

4. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Telemediengesetz“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetz“ ersetzt.

- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „unterfallen“ die Wörter „und die zugleich digitale Dienste gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 1 des Digitale-Dienste-Gesetzes sind“ eingefügt und das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Für andere Telemedien gelten im Übrigen die Bestimmungen des Digitale-Dienste-Gesetzes entsprechend.“

- c) In Absatz 2 wird das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.
- d) In Absatz 3 werden das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt und nach dem Wort „Landesrecht“ die Wörter „, soweit nach dem Digitale-Dienste-Gesetz keine anderweitige Zuständigkeit gegeben ist und dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt“ angefügt.

5. § 59 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „beiden“ die Wörter „, jeweils unterschiedlichen Unternehmen nach § 62 zuzurechnenden,“ und nach dem Wort „verbreiteten“ die Wörter „nach Zuschaueranteilen“ eingefügt.

b) Nach Satz 7 wird folgender neuer Satz 8 eingefügt:

„Die Verpflichtung nach Satz 1 gilt mindestens für die Dauer der nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts für das jeweilige Regionalfensterprogramm erteilten Zulassung.“

6. In § 98 Abs. 3 Nr. 2 wird das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

7. In § 99 Abs. 1 werden die Wörter „den §§ 10a und b des Telemediengesetzes“ durch die Wörter „§ 5b des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages“ ersetzt.

8. § 109 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „zur“ die Wörter „Entfernung oder“ eingefügt, das Wort „Telemediengesetzes“ durch die Wörter „Digitale-Dienste-Gesetzes und der VO 2022/2065“ ersetzt und die Wörter „eine Sperrung“ durch das Wort „dies“ ersetzt.

b) Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Artikel 8 der VO 2022/2065 bleibt unberührt.“

9. § 111 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Zuständige Behörde nach § 12 Abs. 2 Satz 2 des Digitale-Dienste-Gesetzes ist die nach § 106 zuständige Landesmedienanstalt. Die Landesmedienanstalten benennen für die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für digitale Dienste, den weiteren zuständigen Behörden nach dem Digitale-Dienste-Gesetz, der Europäischen Kommission sowie anderen Behörden im Anwendungsbereich der VO 2022/2065 einen gemeinsamen Beauftragten. Soweit der öffentlich-rechtliche Rundfunk von Maßnahmen im Anwendungsbereich des Satzes 1

betroffen ist, bezieht der nach Satz 2 benannte Beauftragte die jeweils betroffene Rundfunkanstalt in das Verfahren ein.“

Artikel 2 **Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages**

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vom 10. bis 27. September 2002, zuletzt geändert durch den Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag vom 14. bis 27. Dezember 2021, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 und 4 wird jeweils das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Für Vermittlungsdienste im Sinne des Artikels 3 Buchst. g der Verordnung 2022/2065 (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27. Dezember 2022, S. 1) gilt dieser Staatsvertrag, soweit nicht die Verordnung 2022/2065 (EU) Anwendung findet.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

d) Im neuen Absatz 3 wird das Wort „Telemediengesetz“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetz“ ersetzt.

2. § 5b wird wie folgt neu gefasst:

„§ 5b Meldung von Nutzerbeschwerden

(1) Anbieter von Video-Sharing-Diensten sind verpflichtet, ein Verfahren vorzuhalten, mit dem die Nutzer Beschwerden (Nutzerbeschwerden) über rechtswidrige audiovisuelle Inhalte, die auf dem Video-Sharing-Dienst des Video-Sharing Dienst-Anbieters bereitgestellt werden, elektronisch melden können.

(2) Das Meldeverfahren muss

1. bei der Wahrnehmung des Inhalts leicht erkennbar und bedienbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar sein,

2. dem Beschwerdeführer die Möglichkeit geben, die Nutzerbeschwerde näher zu begründen und

3. gewährleisten, dass der Anbieter des Video-Sharing-Dienstes Nutzerbeschwerden unverzüglich zur Kenntnis nehmen und prüfen kann.

(3) Rechtswidrig im Sinne des Absatzes 1 sind solche Inhalte, die

1. nach § 4 unzulässig sind oder
2. entwicklungsbeeinträchtigende Angebote nach § 5 Abs. 1, 2 und 6 darstellen und die der Anbieter des Video-Sharing-Dienstes der Allgemeinheit bereitstellt, ohne seiner Verpflichtung aus § 5 Abs. 1, 3 bis 5 nachzukommen.“
3. In § 14 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „und der Bestimmungen der §§ 10a und 10b des Telemediengesetzes“ gestrichen.
4. In § 21 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ ersetzt.

Artikel 3 **Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung**

(1) Für die Kündigung der in den Artikeln 1 und 2 geänderten Staatsverträge sind die dort jeweils vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Oktober 2024 in Kraft. Sind bis zum 30. September 2024 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die oder der Vorsitzende der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Medienstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages in der Fassung, die sich aus den Artikeln 1 und 2 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.